

<b>Vorlage Nr. XI 9</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>nein</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)**

### **A Problem**

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 05/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

### **B Lösung**

#### **Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“**

Die Stellenbesetzungsverfahren in der Datenversorgung wurden erfolgreich abgeschlossen. Aktuell ist eine Stellenausschreibung für die Disponent:innen (extern) in Vorbereitung.

Die Stellenausschreibung „Lagedienst“ befindet sich weiterhin in der Abstimmung zwischen den Ämtern 37 und 11.

Das externe Organisationsgutachten zur Leitstelle ergab einen Gesamtpersonalbedarf von 57,8 Stellen. Aktuell sind 45 VZÄ besetzt. Nicht besetzte VZÄ in der Disposition werden durch Vertretungen aus dem Brandschutzdienst kompensiert.

Aufgrund der Umsetzung des Gutachtens und den damit einhergehend neuen und zusätzlichen Stellen, wird das derzeitige Organigramm der IRLS überarbeitet und angepasst. Der Entwurf hierzu wird im Weiteren mit Amt 11/6 abgestimmt. Darüber hinaus müssen noch mehrere der neuen Stellen aus dem Gutachten beschrieben und im Anschluss bewertet werden.

#### **Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“**

Eine Entscheidung zur Festlegung der Telenotfallmedizinstandorte in Niedersachsen liegt noch nicht vor. Die Standortauswahl soll vom Innenministerium bis zum 4.Quartal getroffen werden. Derzeit erfolgt das Vergabeverfahren zur Technik für die Telenotfallmedizin durch das niedersächsische Innenministerium.

#### **Sachstand „Projekt A-KTW“**

Der eingereichte Antrag auf Verlängerung der Experimentierklausel (vgl. Vorlage XI-05-2025) wurde bewilligt. Für eine abschließende Überführung in den Regelbetrieb sind rechtliche Grundlagen durch den Senator für Inneres zu schaffen.

#### **Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“**

Die Projektumsetzung erfolgt bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage -betreffend

Technik und Mobiliar- planmäßig.

### **Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“**

Die Beauftragung eines Fachplaners zur Erstellung eines Leistungsverzeichnisses (LV) und zur Unterstützung des Vergabeverfahrens der SNA erfolgte am 13.05.2025.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig vom Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung des neuen Kommunikations-Management-Systems (KMS) ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig vom Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Die Gesamtkosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Frequentis zur Erneuerung des KMS betragen rund 1.640.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung der Schnittstelle zum Einsatzleitreechner (iSE) betragen rund 160.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Objekt und Design betragen rund 327.000 € (inkl. 19 % MwSt.).

Mit der Umsetzung der Einführung eines A-KTW haben sich keine finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben, da die entstandenen Kosten zur Erweiterung der technischen Ausstattung über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die derzeit jedoch nur schätzungsweise auf ca. 2 Mio. € beziffert werden können, da konkrete Angebote noch nicht vorliegen. Die Kosten müssen über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat